

SOS-WOHLSTAND

Diese Maßnahmen bringen
den Industriestandort wieder auf Kurs



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



SAG'S MULTI

Redewettbewerb fördert
Mehrsprachigkeit

Seite 4



NIEDERÖSTERREICH

Europa-Forum Wachau zu
„Neustart Europas“

Seite 10

WU-LEHRVERANSTALTUNG

Interessenvertretung im
Wirtschaftsrecht

Seite 8

Erwachsenenbildung als Schlüssel zum Erfolg

Die Industriellenvereinigung hat im Rahmen ihres Bildungsprogramms „Beste Bildung“ erstmals ein Konzept zur Erwachsenenbildung vorgelegt.

Die Arbeitswelt befindet sich im ständigen Wandel, angetrieben durch technologische Fortschritte und gesellschaftliche Veränderungen. In diesem Kontext gewinnt die betriebliche Erwachsenenbildung zunehmend an Bedeutung. Die Industrie leistet in diesem Zusammenhang bereits – trotz sehr herausfordernder Rahmenbedingungen – sehr viel und investiert jährlich über eine Milliarde Euro in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Industriellenvereinigung hat daher im Rahmen ihres Bildungsprogramms

„Beste Bildung“ erstmals ein Konzept zur Erwachsenenbildung vorgelegt. Die kürzlich veröffentlichte Umfrage der Plattform Erwachsenenbildung, die am Tag der Weiterbildung präsentiert wurde, bietet Anlass, diese Forderungen mit konkreten Zahlen zu untermauern.

Die Umfrage zeigt, dass 68 Prozent der Unternehmen einen steigenden Bedarf an beruflicher Weiterbildung sehen. Besonders die Digitalisierung und die Energiewende erfordern kontinuierliche Anpassung und Weiterentwicklung der Fähigkeiten. Dies unterstreicht die

Forderung der IV, dass Weiterbildung nicht nur reaktiv auf Arbeitslosigkeit erfolgen soll, sondern kontinuierlich während der Erwerbstätigkeit verankert werden muss.

Förderdschungel

Die Umfrage ergab außerdem, dass 42 Prozent der Unternehmen Schwierigkeiten haben, sich im komplexen Finanzierungsdschungel zurechtzufinden. Es gibt etwa 350 verschiedene Förderungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung in Österreich. Diese Vielfalt führt zu Intransparenz und Ineffizienz. Die Industriellenvereinigung

fordert daher klare und transparente Rahmenbedingungen, um die Bildungsförderungen zu vereinfachen und zugänglicher zu machen. Eine zentrale Maßnahme in diesem Kontext ist die Einführung eines Bildungskontos, wie von der Europäischen Kommission empfohlen.

Es ist Zeit, die Ergebnisse dieser Umfrage ernst zu nehmen und die Industrie in ihren Bemühungen zur Förderung der Erwachsenenbildung zu unterstützen, um den zukünftigen Erfolg und die Anpassungsfähigkeit unserer Arbeitskräfte und des Wirtschaftsstandortes abzusichern.

Faires Rekrutieren – eine Selbstverständlichkeit?

Innovative Rekrutierungskonzepte und nachhaltige Vermittlungen für mehr internationale Fachkräfte.

Rekrutieren, „ethisch“ oder fair, kann für österreichische Unternehmen zum entscheidenden Vorteil im globalen Wettbewerb um Fachkräfte werden. So berichten seriöse Vermittlungsunternehmen, z. B. in Ländern Südamerikas, von verantwortlichen Regierungsstellen gefragt zu werden, ob sie Menschenhandel betreiben und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse unterstützen würden. Österreich hat die Rekrutierung in Drittstaaten vergleichsweise spät in Angriff genommen, scheint nun aber klug an das Thema heranzuge-

hen. Laut verantwortlichen Stellen wird das Fachkräfteabkommen mit den Philippinen vom Herbst 2023 als Blaupause für zukünftige bilaterale Vereinbarungen angesehen – u. a., weil ethischen Standards darin ein hoher Stellenwert eingeräumt werden.

Ausbildung vor der Einreise

Österreichs Industrie kann mit ihrer globalen Ausrichtung und ihren hohen Standards einen großen Beitrag zum Aufbau von Rekrutierungsnetzwerken außerhalb Europas leisten. Die Industriellenvereinigung

initiierte im vergangenen Jahr z. B. gemeinsam mit der WKO und der International Organisation for Migration (IOM) das Projekt, die Machbarkeit von Skills Mobilitätpartnerschaften (SMPs) auszuloten. SMPs sind ein innovatives Rekrutierungskonzept mit expliziten Vorteilen für Herkunfts- und Zielland. Ausbildung, zum Teil schon vor der Einreise, spielt dabei eine zentrale Rolle. Nicht nur hat das Projekt in Österreich entsprechende Kooperationsvorhaben angeregt, sondern auch ein hochwertiges Netzwerk österreichischer Stakeholder im sonst so zerklüfteten Migrationsbereich

und unter Einbindung von Industrie und Wirtschaft entstehen lassen.

Faire Vermittlungen

Dieses zu festigen und auszubauen ist Ziel einer Reihe von Veranstaltungen, zuletzt Mitte Juni zu „Chancen der fairen und nachhaltigen Vermittlung von internationalen Fachkräften“ im Haus der Industrie. Konsequenterweise weiterverfolgt können Initiativen wie diese dazu beitragen, die für die Sicherung des österreichischen Standorts und Auslandsniederlassungen dringend benötigten Arbeitskräfte zu gewinnen.

Redewettbewerb „Sag’s Multi“ fördert Mehrsprachigkeit

Von Portugiesisch bis Mandarin: Sag’s Multi fördert seit 15 Jahren Sprachenvielfalt und junge Redetalente.

So beschreibt die 16-jährige Zumin Jost in ihrer ausgezeichneten Rede im Rahmen des Wettbewerbs die Beziehungen zwischen Europa und China: „Wenn morgen in China ein Sack Reis umfällt, dann rollen uns hier die Reiskörner vor die Füße und wir rutschen auf ihnen aus.“ Bei dem Redewettbewerb wird über gesellschaftlich und politisch wichtige Themen referiert – auf Deutsch in Abwechslung mit einer weiteren Sprache.

Mehrsprachigkeit hat persönliche, gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Vorteile. Kinder, die mehrsprachig aufwachsen und ihre Erstsprache aktiv nutzen können, integrieren sich leichter in verschiedenen



IV-Bereichsleiterin Gudrun Feucht überreicht die Preise.

sozialen Umgebungen. Für die exportorientierte österreichische Wirtschaft ist Sprachenvielfalt eine wertvolle Ressource.

Potenziale richtig ausschöpfen

Es gibt auch Herausforderungen. Kinder, die ihre Erstsprache nicht vollständig entwickeln können, haben oft Schwierigkeiten, sich klar auszudrücken. Hinzu kommt die zusätzliche Belastung, wenn aufgrund der Erstsprache Diskriminierung erlebt wird.

WEBTIPP

Weiterführende Informationen: sagsmulti.orf.at

NOTWENDIGE MASSNAHMEN, UM DAS POTENZIAL DER MEHRSPRACHIGKEIT AUSZUSCHÖPFEN SIND AUS SICHT DER IV:

- Größerer Wertschätzung für Mehrsprachigkeit. Kinder, deren Erstsprache in der Schule gefördert wird, entwickeln ein höheres Selbstwertgefühl und eine stärkere Lernmotivation.
- Mehr Fort- und Weiterbildung in sprachlicher Bildung, Mehrsprachigkeit und Kulturreflexion: Kompetenzen in Mehrsprachigkeit und kulturreflexiver Pädagogik werden zunehmend zu Kernanforderungen an das moderne Lehrpersonal.
- Eine Kampagne zur Anwerbung von mehrsprachigen Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationserfahrung, um in der Schule gelebte Mehrsprachigkeit zu fördern.

Wir müssen am Weltmarkt wieder in der Topliga mitspielen können!

Österreich steht als Standort unter Druck, die Aussichten sind trübe. Da braucht es in der nächsten Legislaturperiode – neben der Reduktion des Kosten- und Bürokratiegedrucks – strukturelle Reformen, um Wachstumschancen nutzen zu können, wenn die Konjunktur wieder anzieht.



Aus der Rezession ins Nullwachstum: Die wirtschaftlichen Aussichten, die Wifo und IHS für Österreich erwarten, sind auch heuer nicht die besten. Nach dem Krisenmanagement sind nun (nicht nur in Österreich) Strukturreformen (über-)fällig, um die hohen Schuldenberge wieder abzubauen. Gleichzeitig müssen wir alles tun, um alle Wachstumschancen ergreifen zu können, wenn die Konjunkturlokomotive ihr Tempo wieder erhöht. Derzeit sieht es dafür nicht berauschend aus. Im Ranking der wettbewerbsfähigsten Länder ist Österreich erneut abgerutscht und befindet sich nunmehr auf Platz 26 von 67 Ländern, die vom Schweizer IMD untersucht wurden. 2007 lagen wir noch auf einem guten Platz elf.

Besonders auffällig schlecht schneidet Österreich im IMD-Ranking im Punkt Steuern ab – Platz 64 von 67. Österreich ist

ein Hochsteuerland mit einer überdurchschnittlichen Steuer- und Abgabenquote von 43,1 Prozent der Wirtschaftsleistung (Statistik Austria). Die Abschaffung der Kalten Progression war ein Meilenstein, viele Strukturreformen harren allerdings noch immer der Umsetzung. Gleichzeitig setzen Unternehmen die erheblich gestiegenen Kosten für Energie und Arbeit sowie drastisch zunehmende bürokratische Belastungen zu. Was es jetzt braucht, sind Maßnahmen, die den Faktor Arbeit entlasten und den Wirtschaftsstandort stärken. Es gilt vor allem, die Arbeitszusatzkosten deutlich zu senken, damit der Druck auf Arbeitsplätze in der Industrie gemildert wird. Nur damit es nochmals gesagt wird: Wer in diesem Umfeld neue Steuern einführen will, versündigt sich an der Zukunft dieses Landes. Und mit den durch die Gewerkschaften völlig überzogenen Lohnforderungen und durchgesetzten -steigerungen muss Schluss sein.

Wir haben uns bei den Lohnstückkostentwicklungen völlig der Wettbewerbsfähigkeit beraubt.

Der Anspruch der Exportnation Österreich muss es sein, am Weltmarkt mit unseren innovativen und hochqualitativen Produkten in der Topliga mitspielen – um dies weiter tun zu können, muss aber das Preis-Leistungs-Verhältnis des Standorts stimmen. In diesem Sinne ist die aktuelle und nächste Bundesregierung übrigens gut beraten, sich der Problematik des auslaufenden Transitvertrags für russisches Gas durch die Ukraine mit Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit zu widmen. Daran, dass die Preise kräftig steigen werden, wenn unsere bisherige Hauptquelle für Gaslieferungen von einem Tag auf den anderen nicht mehr verfügbar ist, kann wohl niemand ernsthaft zweifeln. Sich jetzt zurückzulehnen, weil es sich „schon irgendwie ausgehen wird“ mit der

Gasversorgung, ist ein völlig falscher Ansatz, der Österreich sehenden Auges in die nächste Energiekrise stürzen könnte.

Österreich wird mehr Gas und das zu wettbewerbsfähigen Preisen brauchen, wenn das Wirtschaftswachstum nächstes Jahr zurückkehrt. Verantwortungsvoller Politik ist klar, dass unser Wohlstand und unsere sozialen Leistungen direkte Folge unserer Wettbewerbsfähigkeit sind. Wir müssen unseren Unternehmen den Rahmen geben, dass sie aus Österreich heraus auf den Weltmärkten weiter erfolgreich sein können.

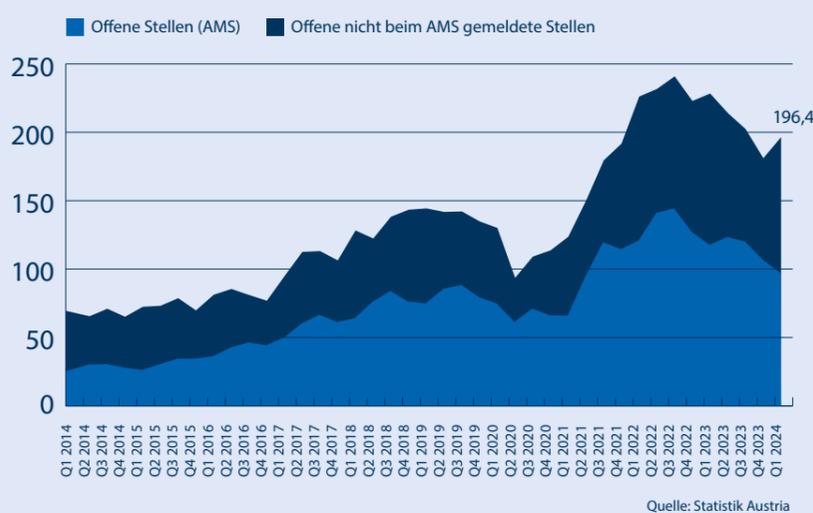
Ihr


Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

Knapp 200.000 offene Stellen verzeichnete Österreich im ersten Quartal 2024. Das sind fast dreimal so viele wie noch vor zehn Jahren. Der heimische Arbeitskräftemangel ist gekommen, um zu bleiben. Die zunehmende Alterung der Gesellschaft und sinkende Erwerbsbevölkerung wird auch in Zukunft Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben. Bis 2050 werden in Österreich eine Million Menschen mehr über 65 Jahre alt sein als noch im Jahr 2021, wie aus Zahlen der Statistik Austria hervorgeht. Im gleichen Zeitraum sinkt die Zahl erwerbsfähiger Personen (20 bis 65 Jahre) um rund 200.000. Lösungen für diese Problematik wären einerseits eine Mobilisierung bestehender Arbeitskräftepotenziale im Bereich älterer Arbeitnehmer, Teilzeitbeschäftigter und Frauen sowie die Forcierung qualifizierter Zuwanderung. Ein interessanter Nebenaspekt: Nur knapp die Hälfte aller offenen Stellen in Unternehmen werden aktuell dem AMS gemeldet.

Arbeitskräftemangel: Gekommen, um zu bleiben Offene Stellen in Österreich, in Tausend



Zahl des Monats

4,15 Mrd. Euro

Das ist jene Summe, die im Jahr 2024 für die seit 2008 beschlossenen „Wahlzuckerl“ anfällt. Diese entspricht in etwa den aktuellen Ausgaben für Klima, Umwelt und Energie bzw. jenen für das österreichische Bundesheer.

Besonders spendabel zeigten sich die Parlamentsparteien dabei, wenn es ein sogenanntes „freies Spiel der Kräfte“ gab. In den Jahren 2008, 2017 und 2019 wurden signifikant mehr budgetwirksame Beschlüsse vor den betreffenden Wahlterminen gefasst als im Wahljahr 2013, in dem die Regierungskoalition zum letzten Mal bis zum Schluss hielt. Die bei Weitem häufigsten Sonderausgaben wurden im Bereich der Pensionen beschlossen.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
 Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Michaela Roither, Irene Schulte, Nermina Tičević, Christian Zoll. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Sabine Till.

Grafik: Nicola Skalé, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Europa-Forum Wachau/Josef Bollwein, IV-OÖ/Roland Pelz, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/Kanizaj, IV-Tirol/Fettingner, IV-Vorarlberg/Aurelian Böhler, IV-Wien/Alexander Müller

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Neue Vorsitzende in IV-Ausschüssen und Aktienforums-Präsidentin



Georg Feith

Georg Feith ist neuer Vorsitzender des IV-Ausschusses für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Feith ist seit mehr als 30 Jahren in der Industriebranche tätig, seit 2017 auch in der Geschäftsführung der Gruppe. Im Ausschuss geht es um Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft und den Beitrag der Industrie zu ihrer Bewältigung. „Es ist mir ein Anliegen, dringend notwendige Konzepte zu entwickeln, wie Österreich aus einer Versorgungsmentalität wieder zu Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft zurückfinden kann – von sozialstaatlichen Einrichtungen bis hin zum Pensionssystem“, so Feith.



Angelika Sommer-Hemetsberger

Angelika Sommer-Hemetsberger, Vorstandsmitglied der Österreichischen Kontrollbank (OeKB) folgt nach 14 Jahren Robert Otterl als Aktienforum-Präsidentin nach. Weiters wurde der Vorstand mit Gerald Mayer, Vorstand der voestalpine AG, Claudia Trampitsch, Vorstand AMAG Austria Metall AG und Gerald Weber, Vorstand der Wiener Städtischen Versicherung, nachbesetzt. Einen Fokus ihrer Präsidentschaft wird Sommer-Hemetsberger unter anderem auf die Themen Vorsorge und Finanzbildung legen. Das Aktienforum ist die Interessenvertretung der heimischen börsennotierten Unternehmen und setzt sich für einen starken österreichischen Kapitalmarkt ein.



Gerald Mayer

Gerald Mayer ist neuer Vorsitzender des IV-Ausschusses für Steuerpolitik und Kapitalmarktfragen. Mayer ist seit April CFO der voestalpine AG. Davor war er CFO der AMAG, deren Vorstandsvorsitz (CEO) er von 2019 bis 2023 bekleidete. Der Ausschuss legt als beratendes Gremium des Präsidiums die grundlegende Linie der IV in steuer- und kapitalmarktpolitischen Fragen fest. Mitglieder des Ausschusses sind CFOs und Leiter der Finanz- oder Steuerabteilungen der Mitgliedsunternehmen. Zu den Ausschusssitzungen, die regulär fünfmal im Jahr tagen, werden hochkarätige Gäste aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft eingeladen.



Peter Unterkofler

Peter Unterkofler ist seit Juni 2024 neuer Vorsitzender des IV-Ausschusses für Rechtspolitik. Unterkofler ist Geschäftsführer von Jacoby GM Pharma und seit 2016 Präsident der IV Salzburg. Der Ausschuss beschäftigt sich mit diversen rechtlichen und rechtspolitischen Themen. Als ausgebildeter Jurist leitet Unterkofler nun den Ausschuss, der eine Diskussions- und Meinungsbildungsplattform für Juristen (Rechtsabteilungen, Geschäftsleitungen) aus Mitgliedsunternehmen darstellt. Zu den Sitzungen werden regelmäßig interessante Gesprächspartner aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft eingeladen, um aktuelle Rechtsthemen zu diskutieren.



Martin Hagleitner

Martin Hagleitner ist neuer Vorsitzender des IV-Ausschusses für Ressourcen, Energie und Ökologie. Hagleitner ist seit 2010 CEO der Austria Email AG und verantwortet seit 2018 zusätzlich die Konzernleitung der französischen Groupe Atlantic für den DACH-Raum. „Die Zukunft des Industriestandortes und damit auch des Wohlstandes in unserem Land hängt entscheidend davon ab, ob Energie und Rohstoffe zu konkurrenzfähigen Preisen zur Verfügung stehen. Kaum woanders auf der Welt werden energieintensive Güter klimafreundlicher und umweltschonender hergestellt als in Österreich, und unsere Green-Tech-Produkte tragen global zur Ökologisierung bei.“

Digital Skills am Standort forcieren

Auf der Veranstaltung „IT-Industrie: Skills & Cooperation“ wurde diskutiert, wie mehr hoch qualifizierte IT-Experts ausgebildet werden und Frauen und Kinder stärker für MINT begeistert werden können.

Bei der Veranstaltung zu „Skills & Cooperation“ im Haus der Industrie lag der Fokus vor rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Sicherung des Tech-Nachwuchses für den Industriestandort sowie den Potenzialen von Kooperationen zwischen dem IT-Bereich und Unternehmen aus dem produzierenden Sektor.

IV-Präsident Georg Knill betonte in seiner Eröffnung die Bedeutung der IT-Branche für den Wirtschaftsstandort und unterstrich, dass die digitale Transformation Chancen und Herausforderungen, wie den stetig wachsenden Bedarf an digitalen Fähigkeiten und Talenten, mit sich bringt. Zudem setzen bislang erst acht Prozent der österreichischen Betriebe KI-Lösungen in der Produktion ein und nur zwei bis drei Prozent der österreichischen Unternehmen konnten den höchsten digitalen Reifegrad erreichen. Um die Chancen der Digitalisierung voll auszuschöpfen, muss Österreich den digitalen Reifegrad in der Industrie erhöhen.



Stefan Mangard hielt die Keynote auf der Veranstaltung zur IT-Industrie.

Heidrun Strohmeyer, Koordinatorin der Digitalen Kompetenzoffensive im BKA, erläuterte in ihrem Impulsstatement, welche Maßnahmen gesetzt werden, um digitale Basiskompetenzen in der Bevölkerung zu verbessern und die Zahl der IT-Experts zu erhöhen.

In seiner Keynote appellierte Professor Stefan Mangard von der Technischen Universität Graz, eindringlich, dass Österreich mehr IT-Talente und -Experts braucht, um am Standort technologische Innovationen voranzutreiben sowie neue IT-Systeme und die Produkte der Zukunft

zu entwickeln. Um den Talent-Gap im IT- und Cybersecurity-Bereich zu adressieren, sind enorme Investitionen, groß angelegte Initiativen sowie die Stärkung der IT-Ausbildung, von der Schule bis zur Universität, erforderlich.

Im Rahmen des Panels diskutierten Professor Mangard, Maria Kirschner (Kyndryl Alps), Georg Krause (msg Plaut), Andreas Gschwentner (Raiffeisen & École 42) und Viktor Sigl (KTM) die Auswirkungen des Fachkräftemangels auf die Industrie und wie es gelingen kann, den IT-Talentepool in Österreich zu vergrößern. Dafür sind besonders neue Formate, wie die Programmierschule École 42 oder Gamification-Ansätze in der Ausbildung, ebenso wie Re- und Upskilling in den Unternehmen und Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, von hoher Bedeutung. Essenziell ist auch, vermehrt Frauen für technische Ausbildungen und Berufe anzusprechen und Kinder früher und intensiver mit MINT in Berührung zu bringen.

„Europa braucht starke Innovationskraft“

Warum braucht es im Bereich Forschung und Innovation mehr Investitionen?

Sabine Herlitschka: Wettbewerbsfähigkeit im globalen Zusammenspiel hängt in hohem Maße von Forschung, Technologieentwicklung und Innovation ab. Allerdings verliert Europa an globaler Wettbewerbsfähigkeit. Es hinkt hinterher bei Kapitalinvestitionen, Produktivitätswachstum sowie Forschung und Entwicklung in etlichen der hoch relevanten Themenfeldern wie der künstlichen Intelligenz. Und – als Europa befinden wir uns in einem massiven Technologie-Wettbewerb mit Auswirkungen auf globale Märkte – nicht zuletzt durch ungleiche Rahmenbedingungen. Zusätzlich sind die Unternehmen in Österreich mit enormen Belastungen konfrontiert: hohe Lohnkosten, Energiekosten und vergleichsweise hohe Steuern. Ein starkes Europa muss strategisch, vor allem aber offensiv in Forschung, Schlüsseltechnologien und Innovation investieren, damit wir als Europäer mit unserer wissenschaftlichen Exzellenz, Technologiekompetenz und -führerschaft auf den globalen Märkten erfolgreich sein können. Nur so wird es gelingen, die „Twin Transformation“, also Digitalisierung und Ökologisierung voranzutreiben und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu nutzen.

Was hat die Europäische Union diesbezüglich bereits geleistet, was braucht es in Zukunft?

Die EU hat in den vergangenen Jahren wichtige und richtige Zielsetzungen und Maßnahmen gesetzt. Bei der Umsetzung und Geschwindigkeit gibt es allerdings deutlichen Verbesserungsbedarf. Das EU-Forschungsquotenziel von drei Prozent wurde erneuert, aktuell steht man allerdings bei 2,2 Prozent bzw. 352 Mrd. Euro pro Jahr. 2021 wurden wir von China überholt und sind weit weg von den USA. Zukunftsgerichtete Maßnahmen zur Stärkung von F&E und Produktion sind nach wie vor zu wenig in den EU-Budgets enthalten. In Zukunftsbereichen darf nicht der Sparstift angesetzt werden. Das steht in keinem Widerspruch zu Investitionen in Sicherheitsthemen, die voraussichtlich von zentraler Relevanz im EU-Budget sein werden.

Über das künftige EU-Forschungsrahmenprogramm FP10 wird bereits jetzt diskutiert. Welche Rolle spielt es für die EU und die Mitgliedstaaten?

Das EU-Forschungsrahmenprogramm ist das größte transnationale, kooperative Forschungsförderungsprogramm der Welt. Es hat nicht nur für ganz Europa, sondern insbesondere für uns in Österreich

hohe strategische Relevanz und hat dazu geführt, dass Lösungen für große Fragestellungen im Energiesystem, in der Mobilität, Gesundheit oder Sicherheit erarbeitet werden konnten. Die Förderung von strategischer F&E-Zusammenarbeit über die Grenzen der einzelnen Mitgliedstaaten sowie ein starker Binnenmarkt sind essenziell, um Kompetenzen in Schlüsseltechnologien zu stärken, robuste Wertschöpfungsketten aufzubauen und schlussendlich unseren Wohlstand auch für die Zukunft sichern zu können. Neben Zugang zu Know-how und Kompetenzen ist Österreich auch finanziell Profiteur des EU-Forschungsrahmenprogramms. Wir sind hier Nettoempfänger, bekommen also mehr zurück, als wir einzahlen. Im laufenden EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe haben österreichische Forschungsakteure, von Universitäten über Forschungseinrichtungen bis hin zu forschungsaffinen Unternehmen, schon bisher rund eine Milliarde Euro eingeworben.

Wo sehen Sie nun Handlungsbedarf, was sind die „next steps“?

Die österreichische Industrie muss den klaren Anspruch haben, Europa stark mitzugestalten. Daher haben wir die Task Force der Industriellenvereinigung



Sabine Herlitschka ist Vizepräsidentin der IV und Vorstandsvorsitzende von Infineon Austria

zur strategischen Gestaltung der europäischen FTI-Politik, bei der ich den Vorsitz übernommen habe, auch neu aufgesetzt. Jetzt gilt es, unsere Erfordernisse als österreichische Industrie vorausschauend und deutlich in den Vorbereitungsprozess des neuen Forschungsrahmenprogramms einzubringen. Erster Punkt ist ein ambitioniertes Budget von zumindest 200 Mrd. Euro und eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche. Dieses neue Forschungsrahmenprogramm wird zwar erst 2028 starten, aber die Positionen von sämtlichen Akteuren entstehen in den nächsten Monaten und werden in einem komplexen Verhandlungsprozess zusammengeführt. Hier sind wir alle gemeinsam als FTI-Community gefordert!

Mit MINT beginnt die Reise in die Zukunft

Jede zehnte Schule in Österreich ist bereits mit dem MINT-Gütesiegel ausgezeichnet und begeistert die Jugend für Zukunftskompetenzen. Das Unternehmensschuljahr der MINTality-Stiftung macht insbesondere Mädchen Mut und Lust auf Technik.

Am 10. Juni erstrahlte der große Festsaal im Haus der Industrie wieder ganz in der Farbe Mint. Denn Bildungsminister Martin Polaschek, Vize-Generalsekretär der IV Peter Koren, Vizerektor der Pädagogischen Hochschule Wien Norbert Kraker und der Präsident der Wissensfabrik Österreich, Klaus Peter Fouquet, überreichten das begehrte „MINT-Gütesiegel 2024–2027“ an 117 neue Bildungseinrichtungen aus ganz Österreich, die sich durch begeisterndes Lernen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) auszeichnen.

In Summe verfügt Österreich damit bereits über 690 MINT-Kindergärten und MINT-Schulen. Sie öffnen der Jugend die Tür zu Zukunftschancen und wirken mit, die Wissenschaftsskepsis abzubauen und den Fachkräftemangel im Innovationsbereich zu bekämpfen. Die rund 250 Festgäste der diesjährigen MINT-Gala zeigten sich besonders beeindruckt von Franz Viehböck, dem CEO der Berndorf AG, der seine Faszination für das MINT-Thema Weltraum mit dem Publikum teilte.

Auch die MINTality Fair in der Stadthalle Ybbs an der Donau stand Ende Mai



Minister Martin Polaschek (li.) und IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren (re.) überreichten die Auszeichnungen.

ganz im Zeichen von Naturwissenschaften und Technik. Die Großveranstaltung bildete das Abschlussereignis des „Unternehmensschuljahres“, eine neue Initiative der MINTality Stiftung, deren Ziel es ist, Mädchen für technische Ausbildungen zu gewinnen. Das Unternehmensschuljahr stärkt nachhaltige und regionale Kooperationen zwischen Unternehmen und Mittelschulen im Laufe eines ganzen Schuljahres.

Die Zielsetzung von Therese Niss, Gründerin und Vorstandin der MINTality Stiftung

ist es, das breite Spektrum an MINT-Berufen in Österreich und weibliche MINT Role Models aus den Unternehmen vor den Vorhang zu holen. Mädchen soll damit mehr Mut für MINT gemacht werden. 250 Schüler und vor allem Schülerinnen präsentierten ihre Projekte. Bereits im nächsten Schuljahr wird die erfolgreiche Initiative deutlich ausgeweitet.

WEBTIPP

Mehr Informationen unter: [unternehmensschuljahr.mintality.at](https://www.unternehmensschuljahr.mintality.at)



Österreichs Preis-Leistungs-Verhältnis im

SOS-Wohlstand: Österreichische Unternehmen leiden unter sinkender Wettbewerbsfähigkeit, hohen Abgaben. Eine Gefahr für Wohlstand und Arbeitsplätze.

Die nächste EU-Kommission und die nächste österreichische Bundesregierung werden vor großen Herausforderungen stehen. Europa kommt nur träge in die Wachstumsphase, in Österreich stellt man sich heuer gar auf Nullwachstum ein. Die Europäische Union ist durch Krisen und Kriege in der unmittelbaren Nachbarschaft in ihrer Rolle am Parkett der Weltmächte geschwächt und in kritischen Bereichen wie Gas, Rohstoffe und Komponenten für die Energiewende abhängig von Ländern wie Russland oder China. Österreich muss an seiner wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit arbeiten. Der Verkauf österreichischer Produkte und Dienstleistungen im Ausland brachte dem Land 2023 rund 201 Milliarden Euro ein. Der Export sichert mehr als eine Million Arbeitsplätze in Österreich und stemmt mehr als 40 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes. Der Wettbewerb auf den Weltmärkten wurde für österreichische Unternehmen zuletzt aber härter – vergleichsweise hohe Energiepreise und Arbeitskosten, immer mehr Bürokratie und Schwierigkeiten, Arbeits- und Fachkräfte zu finden, schwächen ihre Position.

„Das Preis-Leistungs-Verhältnis für unseren Standort stimmt nicht mehr, während das Leistungsangebot nach wie vor stimmt – gut ausgebildete Fachkräfte, sofern verfügbar, eine hohe Forschungsquote und eine hohe Lebensqualität –, ist die Preiskomponente in den letzten Jahren drastisch gestiegen“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Eine Befragung unter Mitgliedern der Industriellenvereinigung hat ergeben, dass mit 86 Prozent eine deutliche Mehrheit der Unternehmen die hohe Steuer- und Abgabenquote Österreichs als eine der größten Standortschwächen betrachtet. Die Abgabenquote liegt in Österreich bei 43,2 Prozent der Wirtschaftsleistung und ist damit eine der höchsten innerhalb der Europäischen Union. „Das Ziel muss sein, diese Quote durch einen konsequenten Abgabenreduktionspfad bis 2030 auf 40 Prozent zu senken. Wir brauchen einen Staat, der es arbeitenden Menschen ermöglicht, sich etwas aufzubauen“, so Knill.

Die hohen Arbeitskosten wurden von den befragten IV-Mitgliedern mit 91 Prozent als größte Standortschwäche Österreichs identifiziert. Das Land hat eine der höchsten Abgabenquoten auf Arbeit weltweit. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen rund 46,8 Prozent an Abgaben. Bei der Belastung des Faktors Arbeit liegt Österreich im OECD-Vergleich an dritter Stelle. Das ist größtenteils auf die Höhe der Lohnnebenkosten zurückzuführen, die aus Sicht der IV dringend gesenkt werden müssen.

Angesichts der hohen Steuerlast sei die Einführung neuer Steuern, etwa auf Vermögen, kontraproduktiv und schon alleine die Diskussion darüber standortschädlich, findet Knill. Umgekehrt müsse man sich die Ausgabenseite genauer ansehen und lange überfällige Strukturreformen angehen. Bis 2050 wird etwa das Pensionssystem das Budget kumuliert mit einer Billion Euro belasten, wenn keine weiteren Reformen durchgeführt werden. „Eine Billion Euro, die wir in Bildung, Infrastruktur und unsere Innovationskraft investieren könnten“, sagt der IV-Präsident, und weiter: „Länder wie Dänemark, Schweden oder die Niederlande machen es bereits vor. Im Vergleich zu Österreich liegt das faktische Pensionsantrittsalter deutlich höher, die Pensionsausgaben im Verhältnis zum BIP niedriger und ein Pensionsmechanismus sichert die Nachhaltigkeit.“

Ein weiterer Hemmschuh für Wachstum sind die zunehmenden bürokratischen Belastungen geworden. „Gesetzlich vorgegebene Berichtspflichten haben ein Maß erreicht, das einen massiven administrativen Aufwand verursacht, der in keiner Relation zu zusätzlichem Informations- und Transparenzgewinn steht“, sagt die neue IV-Vizepräsidentin Patricia Neumann. Damit sich Unternehmen voll auf Wachstum und Innovation konzentrieren können, brauche es dringend die von der EU angekündigte Reduktion der bürokratischen Belastung um 25 Prozent. Zudem müsse bei der Umsetzung von europäischem Recht in nationales Recht darauf geachtet werden, keine zusätzlichen Bestimmungen aufzunehmen, die noch mehr Aufwand für Unternehmen bedeuten. „Der Green Deal, das große europäische Programm für die grüne Transformation, entspricht in der bisherigen Umsetzung nicht seiner Zielsetzung, sondern ist zu einem Bürokratiemonster geworden. Es ist erfolgsentscheidend, dass durch den Green Deal nachhaltiges Handeln wirtschaftlich rentabel wird. Wir

Schieflage

Kosten und überbordender Bürokratie.

müssen den Green Deal als technologieoffenen, wettbewerbsfähigen Industrial Deal gestalten, der durch Nachhaltigkeit Wettbewerbsfähigkeit stärkt“, so IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka.

Bei allen Herausforderungen hat der Wirtschaftsstandort Österreich aber auch deutlich sichtbare Stärken. Dazu gehört das hohe Ausbildungsniveau und die damit einhergehende hohe Qualifikation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Unternehmen. Auch die Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation sind nach wie vor ein Standort-Plus. Das sind Bereiche, in die es sich lohnt, stärker zu investieren, um für die Zukunft gerüstet zu sein. „Es ist wichtig, dass junge Menschen das Bewusstsein entwickeln, Teil der Wirtschaft zu sein und die Fähigkeiten erlernen, sich selbstbestimmt in diesem System zu bewegen“, sagt Neumann. Die aktuellen PISA-Erhebungen zeigen allerdings, dass etwa 17 Prozent der Schülerinnen und Schülern grundlegende Kompetenzen in der Finanzbildung fehlen. Die Ergebnisse der Schuldnerberatung und Umfragen bei Jugendlichen zeigen, dass Wirtschafts- und Finanzbildung notwendig und gewünscht ist. „Wirtschaftsbildung ist auch Basis dafür, richtige Entscheidungen im Rahmen der eigenen Finanzen zu treffen und Eigenverantwortung für den eigenen Wohlstand und die eigene finanzielle Situation zu übernehmen“, betont Neumann. Herlitschka ergänzt in diesem Zusammenhang: „Seit der Covid-Pandemie hat der Staat viele Aufgaben übernommen. Wir müssen wieder zu Tugenden wie Leistung und Eigenverantwortung zurückkehren. Das sagen nicht nur wir, sondern viele unserer Mitarbeitenden sind tagtäglich stolz auf ihre Leistungen. Der Vollkasko-Staat, der Eigeninitiative und Risikobereitschaft hemmt, muss dringend reformiert und Unternehmertum wieder positiv verankert und gestärkt werden.“

Österreich stehen insgesamt in den kommenden Monaten und Jahren einige Reformen bevor, um auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig sein zu können. „Gleichzeitig braucht das exportorientierte Land aber auch eine aktive EU-Handelspolitik als Türöffner. Dazu gehört die Umsetzung fairer Handelsabkommen auf Augenhöhe“, sagt IV-Vizepräsident F. Peter Mitterbauer. Und abschließend: „Unsere Industrie und Wirtschaft ist so vielseitig – wir sollten stolz sein und sie fördern, anstatt sie durch unnötige Hindernisse zu behindern.“



Georg Knill, IV-Präsident

Was sind Ihre Ziele für die zweite Amtszeit und welche Herausforderungen sehen Sie auf die Industrie zukommen?

Österreichs Wirtschaft und Industrie müssen wieder wettbewerbsfähig werden. Besonders wichtig ist es, die Kostenseite in Griff zu bekommen, wie beispielsweise durch die Senkung der Lohnstückkosten. Es ist höchste Zeit, auch unbequeme Dinge anzugehen. Eine Pensionsreform und eine Arbeitsmarktreform sind dringend notwendig. Wir müssen über ein degressives Arbeitslosengeld reden. Außerdem muss das Thema Energiediversifizierung in Österreich fokussierter angegangen werden. Die geopolitischen Entwicklungen haben die Energieversorgungssicherheit stark beeinflusst. Um besser auf Krisen vorbereitet zu sein, sollten wir Energiepartnerschaften mit anderen Ländern eingehen. Ich bin auch für die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für einen raschen Ausbau von erneuerbaren Energien. Nur so können wir eine stabile und nachhaltige Energieversorgung sicherstellen. Wir müssen auch weiterhin in die grüne Transformation investieren und die Industrie als Treiber für Klimaschutzziele unterstützen. Unsere Technologien und die Innovationsfähigkeit sind dabei essenzielle Stärken, die wir ausbauen und fördern müssen. Endlich muss auch das Thema Bürokratie angegangen werden, denn es bereitet der Industrie seit vielen Jahren große Kopfschmerzen. Unternehmen werden durch Berichtspflichten stark belastet. Zudem könnten sich die politischen Rahmenbedingungen in Österreich nach den Wahlen ändern. Hierfür müssen wir mit allen Parteien im Dialog bleiben, um eine stabile und planbare Wirtschaftspolitik sicherzustellen.

„Wettbewerbsfähigkeit durch Erhöhung der Produktivität sichern“

Georg Knill wurde am 6. Juni für eine zweite Amtszeit als Präsident der IV wiedergewählt. Im Interview erklärt er, worauf er in den nächsten vier Jahren den Fokus legen will.

Ihre erste Amtszeit als IV-Präsident war von Herausforderungen geprägt. Von der Corona-Pandemie über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bis hin zu hohen Energiepreisen und hoher Inflation – wie ging es Ihnen damit?

Georg Knill: Als ich das Amt 2020 übernahm, waren die Rahmenbedingungen alles andere als gewöhnlich. Krisen wie die Covid-Pandemie waren beispiellos. Bevor eine Krise bewältigt war, kamen neue dazu. Es war aber von Anfang an klar, dass wir alle am selben Strang ziehen müssen, um diese Krisen zu überstehen und wieder gute Rahmenbedingungen in Österreich schaffen zu können. Die Verantwortung dafür lag bei uns allen – von der heimischen Politik über die Unternehmerinnen und Unternehmer bis hin zur österreichischen Bevölkerung. Der lösungsorientierte Ansatz alleine war aber nicht immer zielführend. Die Herausforderungen der letzten vier Jahre waren grenzüberschreitend. Sie haben nicht nur den Standort Österreich, sondern auch Europas Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt. Die hohen Energiepreise haben sowohl die heimische als auch die europäische Industrie besonders hart getroffen. In Zeiten wie diesen muss man den Menschen bewusst machen, dass die Industrie ein wichtiger Partner ist, um den Wohlstand zu erhalten aber auch Innovation, Fortschritt, Klimawandel und Digitalisierung vorantreiben zu können. Darauf haben wir besonders großen Wert gelegt und die Kommunikation in Krisen Jahren aus meiner Sicht gut gemeistert. Unser Ziel war und ist es, dass Österreich zu den Besten gehört. Und diesen Pfad werden wir weiterhin entschlossen verfolgen.

Welche politischen Maßnahmen würden Österreichs aber auch Europas Stellung im globalen Wettbewerb aus Ihrer Sicht weiterbringen?

Dafür sind gezielte Maßnahmen erforderlich. Zunächst ist ein robuster europäischer Binnenmarkt essenziell. Dies umfasst den Abbau von Handelsbarrieren, die Vereinfachung grenzüberschreitender Dienstleistungen und die Schaffung einer Kapitalmarktunion, um wirtschaftliches Wachstum zu fördern. Ebenso entscheidend ist eine aktive Außenwirtschaftspolitik. Der Ausbau von Handelsverträgen und die Stärkung Europas in sicherheitspolitischen Fragen sind wesentlich für den langfristigen Wohlstand. Es ist wichtig, eine Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und umweltpolitischer Verantwortung zu finden. Der Green Deal sollte zu einem Wachstumsdeal weiterentwickelt werden, der die Industrie unterstützt und gleichzeitig ökologische Ziele verfolgt. Um übermäßige Regulierungen und hohe Energiekosten zu reduzieren, bedarf es eines Umdenkens in der EU-Gesetzgebung, mit einem klaren Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit. Ein umfassender, proaktiver Rahmen für eine neue europäische Industriepolitik ist erforderlich. Langfristig kann Europa seine Wettbewerbsfähigkeit nur durch eine Erhöhung der Produktivität sichern. Dies erfordert Investitionen in Forschung, Technologieentwicklung und Innovation. Besonders wichtig ist die strategische Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene, um die technologische Führungsposition Europas zu stärken und die Beteiligung heimischer Unternehmen an EU-Initiativen zu fördern.

ÖGF-Symposium: Forschungsquote auf 4 Prozent erhöhen

Im Haus der Industrie fand das Symposium „Forschungsförderung in Österreich“ der Österreichische Forschungsgemeinschaft (ÖFG) in Kooperation mit der Industriellenvereinigung statt.

Nach der Eröffnung durch den Präsidenten der ÖFG und Vizekanzler a. D. Reinhold Mitterlehner und IV-Generalsekretär Christoph Neumayer sowie wichtigen Impulsen von Bundesminister Martin Kocher (BMAW), Brigitte Ecker (WPZ Research), Henrietta Egerth (FFG), Thomas König (FORWIT-Rat) und Christof Gattringer (FWF) wurde in drei Paneldiskussionen aus den Perspektiven Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zu unterschiedlichsten Aspekten des Status quo wie künftigen Handlungserfordernissen in der österreichischen Forschungsförderung diskutiert.

Wichtige Kernbotschaften waren unter anderem, dass es – gerade vor den Regierungsverhandlungen – ein starkes Miteinander in der FTI-Community (Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung) braucht, um Forschung, Technologie und Innovation (FTI) einen hohen Stellenwert zu geben. Ebenso gilt es, einen klaren

Budget-Wachstumspfad zu verfolgen und den Fonds Zukunft Österreich zu sichern sowie auszubauen, um eine Forschungsquote von mindestens vier Prozent bis 2030 zu erreichen.

Auf dem Panel mit Politik und Verwaltung war, neben der Abgeordneten zum Nationalrat Martina Künsberg-Sarre (Neos), Gruppen- und Abteilungsleiter Stefan Riegler (BMAW), Sektionschefin Henriette Spyra (BMK) und Sektionschefin Barbara Weitgruber (BMBWF), die IV durch Bereichsleiterin Isabella Meran-Waldstein vertreten. Sie hob dabei wichtige FTI-Themen wie insbesondere den Standortvorteil FTI-Policy-Mix mit direkter Forschungsförderung und Forschungsprämie sowie thematischen und themenoffenen Maßnahmen, den erforderlichen Steigerungspfad bei den zentralen FTI-Budgets und die weitere Sicherung der Transformationsoffensive und des Fonds Zukunft Österreich hervor.



IV-Bereichsleiterin Isabella Meran-Waldstein am Podium.

WEBTIPP

Weiterführende Informationen: <https://www.oefg.at/event/forschungsforderung-in-oesterreich>

WU-Lehrveranstaltung über Interessenvertretung im Wirtschaftsrecht

Anfang Mai fand der Kick-off für die an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) erstmalige Lehrveranstaltung über Interessenvertretung und Lobbying im Wirtschaftsrecht statt. Unter der Leitung von IV-Bereichsleiter Alfred Heiter und IV-Syndikus Philip Aumüller wird in vier Themenblöcken ein breiter Bogen gespannt – von den geschichtlichen Ursprüngen des Lobbyings über Stakeholder- und Issue-Management sowie Government Relations bis hin zu den Techniken des Lobbyings.

Die Studierenden werden damit in die Lage versetzt, eine Corporate Political Strategy anhand eines konkreten Fallbeispiels zu entwickeln und damit einen kompletten Public-Affairs-Zyklus auf nationaler und europäischer Ebene zu durchlaufen. Dabei werden stets ethische Implikationen der Gestaltung politischer Entscheidungen mitgedacht. Zur Betonung der Meinungspluralität in der Interessenvertretung berichteten in der Lehrveranstaltung auch Vertreter anderer Stakeholder und Institutionen als Gastvortragende über ihre Erfahrungen und Ansätze.



IV-Bereichsleiter Alfred Heiter und IV-Syndikus Philip Aumüller.

MINT-WORKSHOPS FÜR SCHÜLER

Hochbegabte Studierende aus der Ukraine bieten Schülerinnen und Schülern der Oberstufe kostenlos Workshops an:

- 5.–16. August 2024: Discover AI: Machine Learning & Computer Vision (Wien, Ilona Tylevna)
- 19.–30. August 2024: Introduction to AI and Natural Language Processing (Linz, Mykhailo Barabash)
- 19.–30. August 2024: Python Programming with Applications in Astronomy (Wien, Iryna Hontsovska)

Die Workshops sind Teil des mit 6.000 Euro dotierten IV-MINT-Stipendiums für High-Potentials aus der Ukraine. Die Ukrainerinnen und Ukrainer studieren derzeit an der TU Wien, der Uni Wien und der Uni Linz und haben renommierte Wissenschaftswettbewerbe gewonnen.

Anmeldungen sind noch bis Ende Juli möglich, Rückfragen bitte an highpotentials@iv.at. Das IV-Stipendium wurde 2023 mit Universitätsprofessor Michael Eichmair initiiert.

Aktuelles in Kürze

Spendenbegünstigung für Bildungseinrichtungen

Das Gemeinnützigkeitsgesetz eröffnet neue Wege: Bildungs- und Forschungseinrichtungen profitieren von erweiterten Spendenbegünstigungen.

Vor sechs Monaten trat das neue Gemeinnützigkeitsgesetz in Kraft. Durch die umfassende Ausweitung der Spendenbegünstigung haben nun auch Bildungseinrichtungen, Bildungsinitiativen und -stiftungen Zugang zu diesem Steuervorteil erhalten. Erstmals können sie ihre Zuwendungen steuerlich geltend machen, was längerfristig eine deutliche Steigerung des Spendenaufkommens erwarten lässt. Allein im Bildungsbereich

werden zusätzliche Mittel von 50 Mio. Euro pro Jahr dank der Reform erwartet.

Für den gemeinnützigen Stiftungssektor, insbesondere Bildung und Forschung, brachte das Gesetz deutliche Verbesserungen: Zuwendungen können nun über insgesamt zehn Jahre steuerlich gewinnmindernd eingesetzt werden. Zudem ist die bisherige Obergrenze von 500.000 Euro gefallen. Durch das Ge-

meinnützigkeitspaket wurden optimale Rahmenbedingungen für mehr zivilgesellschaftliches Engagement geschaffen.



Alle Details zum Gemeinnützigkeitsreformgesetz finden Sie im Spendenbericht 2023: www.fundraising.at/services/#Wissenswertes

Club1031: Transformation durch GreenTech-Innovationen

Ein neues Positionspapier des Club1031 beleuchtet notwendige Schritte für die Transformation zu mehr Nachhaltigkeit.



Der Club1031 setzt sich seit Beginn 2023 intensiv mit dem Thema Green Tech auseinander. Während dieses Zeitraums wurden Vertreter der Industrie, der Startup-Szene und von NGOs zu den monatlich stattfindenden Clubabenden in das Haus der Industrie eingeladen, um verschiedene Perspektiven und Lösungsansätze zu erörtern. Dabei wurde deutlich, dass die globale Klimakrise nur durch einzelne staatliche Initiativen und Aufrufe zu Veränderung nicht zu meistern sein wird.

Ideologisch geprägte Forderungen nach einem geringeren Wirtschaftswachstum mindern lediglich den Einfluss Europas und liefern damit keinen signifikanten Beitrag zur Problemlösung auf globaler Ebene.

Die Transformation zu einer nachhaltigen Welt und Wirtschaft kann nur durch unternehmerisches Handeln in Form von technischer Innovation in den Bereichen Green Tech und Geschäftsmodellreformen wie neue Modelle der Kreislaufwirtschaft erreicht werden.

Ein Positionspapier stellt die Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse des Club1031 dar.

Erkenntnisse

1. Drei Planeten bis 2040: Eine unhaltbare Entwicklung
Seit 1970 hat sich die Ressourcenverwendung weltweit verdreifacht. Unsere derzeitigen Konsum- und Produktionsmuster sind nicht nachhaltig. Schätzungen zufolge benötigen wir bei keiner Änderung unseres derzeitigen Lebensstils bis 2040 die Ressourcen von drei Planeten.

2. Steigerung der Recyclingquote auf 80 bis 90 Prozent
Ein zentraler Ansatzpunkt zur Reduktion unseres Ressourcenverbrauchs ist das Recycling. Derzeit liegt die globale Recyclingquote bei nur 25 bis 30 Prozent. Um die nachhaltige Nutzung unserer Ressourcen sicherzustellen, ist die Steigerung der Recyclingquote auf 80 bis 90 Prozent notwendig. Dies erfordert sowohl technologische Innovationen als auch die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, die eine effiziente und wirtschaftlich tragfähige Kreislaufwirtschaft ermöglichen.

3. Bis 2040 2,1 Trillionen Dollar CapEx-Investment
Die Transformation zu einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Wirtschaft ist eine gewaltige Aufgabe, die

enorme finanzielle Mittel benötigt. Wie aktuelle Berechnungen zeigen, wird bis zum Jahr 2040 ein Kapitalaufwand (CapEx) von rund 2,1 Trillionen Dollar notwendig sein, um die erforderlichen Infrastrukturen und Technologien zu entwickeln und zu implementieren. Angesichts der Höhe dieser Summe ist es international schwer vorstellbar, dass dieser Betrag ausschließlich durch Staaten koordiniert aufgebracht werden kann. Es bedarf signifikanter Impulse aus der Wirtschaft.

4. Innovation im Bereich Green Tech

Die Erreichung dieser Ziele setzt umfassende Innovationen voraus. Technische Weiterentwicklungen, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und des Ressourcenschutzes sind ebenso unerlässlich wie neue Geschäftsmodelle. Die Kreislaufwirtschaft bietet hierbei große Chancen. Forschung und Entwicklungen im steirischen Green Tech Valley sowie Unternehmen wie Saubermacher und refurbished zeigen eindrucksvoll, wie technologische Neuerungen und moderne Geschäftsmodelle zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs und zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung beitragen. Unternehmen müssen neue Ansätze entwickeln, um Wertstoffe länger im Wirtschaftskreislauf zu halten und die Abhängigkeit von Primärressourcen zu verringern.

Schlussbemerkung

Abschließend möchten wir auf ein inspirierendes Beispiel hinweisen. Dieses zeigt, dass selbst unter schwierigsten Bedingungen Fortschritte möglich sind. Bei unserem letzten Clubabend legte der stellvertretende ukrainische Energieminister eindrucksvoll dar, wie die Ukraine trotz der Belastungen durch den Krieg ihre grüne Transformation vorantreibt. Der Wille zur Veränderung und der Einsatz moderner Technologien selbst in Krisenzeiten können Früchte tragen. Es liegt an uns allen, diese Beispiele zu nutzen, um weltweit die notwendigen Veränderungen einzuleiten.

WEBTIPP

Mehr Informationen unter: www.club1031.at



DIE WIRTSCHAFT UND DAS KLIMA

Was uns der Umbau des Energiesystems kostet und wer das bezahlt (Spoiler: die Wirtschaft)

Bis 2030 sollen die Emissionen der EU um 55 Prozent gesenkt werden. 20 Jahre später soll sie sogar klimaneutral sein. Dass diese Ziele ambitioniert sind, wussten wir von Anfang an. Was jedoch viel zu wenig bedacht – oder bewusst ignoriert – wurde, sind die Investitionskosten. Laut dem letzten Bericht der Europäischen Beobachtungsstelle für Klimaneutralität haben wir 2022 ein Investitionsdefizit von rund 400 Mrd. Euro allein im Energie-, Gebäude- und Verkehrssektor erlebt. Wollen wir das Klimaziel 2030 erreichen, müssten wir unsere Investitionen in diesen Bereichen auf 800 Mrd. Euro pro Jahr verdoppeln.

Woher soll das Geld dafür kommen? Antwort: Es muss erst einmal verdient werden! Als Unternehmerin leuchtet das ein. Aber offensichtlich sehen das nicht alle so, anders ließen sich so manche Gesetzgebungsakte der letzten Jahre nicht erklären. Wenn wir den Wirtschaftsstandort durch überbordende Bürokratie unattraktiv machen und somit laufend an Wirtschaftsleistung verlieren, brauchen wir uns am Ende nicht wundern, wenn kein Geld mehr für die Transformation übrig bleibt. Von einem Wohlstandsverlust ganz zu schweigen. Und das Klima haben wir dann nebenbei auch nicht gerettet.

Die Industrie (und die damit verbundenen Dienstleistungen) trägt maßgeblich zur finanziellen Stärke Europas bei. Durch sie können wir uns die Transformation erst leisten, dafür muss endlich ein Bewusstsein geschaffen werden.

Neben einem sinnvollen Klimafahrplan benötigen wir also dringend einen ebenso durchdachten Wirtschaftsfahrplan. Im besten Fall gehen diese beiden Pläne Hand in Hand.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Gelungenes JI-Sommerwochenende

Mitglieder aus ganz Österreich kamen zur zweiten Auflage des Events nach Zell am See.

Ende Juni verbrachte die Junge Industrie ein gemeinsames Wochenende mit vielseitigem Programm in Salzburg. Den Auftakt machte eine Betriebsbesichtigung bei der Firma Hagleitner, einem Familienunternehmen, das sich in 50 Jahren zum Spezialisten für Hygieneprodukte entwickelt hat. Am Firmensitz in Zell am See wird nicht nur produziert, sondern auch geforscht, entwickelt und in der hauseigenen Akademie angewandt. Einer kurzen Abkühlung im See folgten ein gemeinsames Abendessen sowie ein informeller Ausklang.

Am zweiten Tag stand die sportliche Betätigung im Vordergrund. Die JI-Mitglieder und deren Familien hatten die Möglichkeit, an einer Wanderung teilzunehmen, um die Natur rund um Zell am See genießen zu können. Das Ziel

der Wanderung waren die Hochgebirgstaueisen Kaprun, das Herz der österreichischen Wasserkraft. Für besonders motivierte Mitglieder führte die Wanderung weiter auf verschneite Gipfel mit atemberaubender Aussicht. Die malerische Landschaft und frische Bergluft sorgten für eine belebende Erfahrung.

Beim gemeinsamen Abendprogramm sowie dem abschließenden Frühstück hatten die Mitglieder die Möglichkeit, sich auszutauschen und zu vernetzen.



Europa-Forum Wachau 2024: Ideen für einen Neustart Europas

Die von der Industriellenvereinigung Niederösterreich (IV-NÖ) unterstützte Veranstaltung in Göttweig und Krems war heuer so international wie noch nie. IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner hielt die Eröffnungsrede im Economic Salon.

Vom 20. bis 22. Juni 2024 fand das renommierte Europa-Forum Wachau unter dem Titel „Rebooting Europe“ statt. Die Veranstaltung, die jährlich in der Wachau abgehalten wird, zog auch heuer wieder zahlreiche hochkarätige Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft an. Dazu zählten neben der Gastgeberin Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Bundeskanzler Karl Nehammer die ehemalige britische Premierministerin Theresa May, der ehemalige deutsche Außenminister Sigmar Gabriel oder EU-Kommissar Johannes Hahn. Der Fokus lag auf der dringend notwendigen Neuausrichtung Europas in einer sich rasant verändernden globalen Landschaft.

Re-Industrialisierung dringend notwendig

IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner eröffnete am ersten Veranstaltungstag den Economic Salon am Campus Krems mit dem Schwerpunkt „Innovation & Technologie“. In seiner Rede forderte er eine Re-Industrialisierung Europas und Österreichs, um eine Deindustrialisierung zu vermeiden. Stark industrialisierte Länder kämen am besten durch Krisen, da die Industrie Lebensqualität, sozialen Frieden und Forschung sichere. Er sprach aber auch über den Druck auf die Industrie durch hohe Energiekosten und Lohnstückkosten und warnte, dass Europa am globalen BIP-Anteil verliere, während andere Regionen wachsen. Daher sei ein „Reboot“ für wettbewerbsfähige Energiepreise und den Ausbau der Energienetze entscheidend. Es sei wichtig, Arbeit zu entlasten, eine offene Kultur zu fördern, Fachkräfte ins Land zu holen und Bürokratie abzubauen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Künstliche Intelligenz solle als

Chance gesehen werden, insbesondere in einem Land mit hohen Arbeitskosten. Handelsabkommen seien jetzt notwendig, da Europa derzeit noch relevant sei. Dann könne Europa durchstarten wie die Turbinen und Raketen, die im Mittelpunkt des restlichen Abends standen.

Impulse „Invest in Aerospace“

Bei einem anschließenden Round Table und Impuls-Beiträgen ging es um Innovationen, Chancen und Herausforderungen im Bereich der Luft- und Raumfahrt. Claus Zeppelzauer, Bereichsleiter Unternehmen & Technologie bei ecoplus, unterstrich dabei: „Das wirtschaftliche Potenzial im Luft- und Raumfahrtsektor ist in Niederösterreich noch lange nicht ausgeschöpft.“

Günther Ofner, Vorstand des Flughafens Wien und IV-NÖ-Vorstandsmitglied, warnte vor den Risiken übermäßiger EU-Regulierungen für die Luftfahrt: „Europa zerstört seine Wachstumsmöglichkeiten in der Luftfahrt durch falsche und überbordende Regulierung.“ In diesem Zusammenhang wies er auf die Notwendigkeit einer Anpassung der CO₂-Bepreisung zugunsten CO₂-neutraler Sustainable Aviation Fuels (SAFs) hin. András Galffy, Gründer von Turbulence Solutions und Vorstandsmitglied der JI-NÖ/Bgld., berichtete über heimische Startups und die Chancen in der heimischen Luftfahrtbranche.

Weltraumtechnologien im Fokus

Siegfried Knecht von Airbus hob in sei-

nem Redebeitrag hervor, wie wichtig nachhaltige Technologien für die Zukunft Europas sind, während Graham Turnock von der Europäischen Weltraumorganisation ESA auf die zentrale Rolle von Weltraumtechnologien einging. „Weltraumtechnologien, insbesondere die Erdbeobachtung, werden bei der Bewältigung von Klimafragen immer wichtiger. Ich freue mich über die Partnerschaften, die wir in der ESA mit einem breiten Spektrum europäischer und internationaler Partner aufbauen, um die Nutzung dieser Technologien zu beschleunigen, um die grüne Transformation zu unterstützen und die Welt widerstandsfähiger gegen die Auswirkungen des Klimawandels zu machen“, erklärte er.



IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner während seiner Rede zur Eröffnung des Economic Salon. Er betonte, dass die Stärke der EU und Österreichs in der industriellen Fertigung liegt.

EUROPA-FORUM WACHAU

Die Veranstaltung ist seit ihrer Gründung im Jahr 1995 in Österreich eine treibende Kraft für die Förderung des europäischen Gedankens und dessen Vermittlung an Bürgerinnen und Bürger. Es fand heuer zum 28. Mal statt. Das diesjährige Forum hatte erstmals ein „Global Panel“ auf dem Programm, das die Rolle Europas in den Beziehungen zu den USA und China beleuchtete. Zu den Teilnehmern gehörten Huiyao Wang (Gründer und Präsident des „Center for China and Globalization“ in Peking), David O. Shullman (Direktor des „Global China Hub“ des „Atlantic Council“ in Washington, D.C.) und Daniel Gros (Direktor des „Institute for European Policymaking“ an der Bocconi University in Mailand).

IV-NÖ baut Social-Media-Präsenz aus

Folgen Sie uns auf Facebook, Instagram und LinkedIn und bleiben Sie bestens informiert.

Vor Kurzem hat die IV-NÖ ihre Präsenz auf Social Media ausgeweitet. Neben Facebook und LinkedIn sind wir nun auch auf Instagram und möchten diese Gelegenheit nutzen, Sie herzlich einzuladen, uns auf diesen Plattformen zu folgen und mit unseren Beiträgen zu interagieren.

Ihre Vorteile, wenn Sie uns folgen

- Mitglieder im Fokus: Erfahren Sie mehr über unserer Mitgliedsbetriebe und die niederösterreichische Industrie.
- Erfahrungen teilen: Erhalten Sie Einblicke in die Meinungen des Industriernetzwerkes in Niederösterreich.
- Bleiben Sie informiert: Verfolgen Sie unsere neuesten Kampagnen und Projekte, um die Industrie in Niederösterreich voranzubringen.

- Veranstaltungsinformationen: Erfahren Sie von bevorstehenden Veranstaltungen und lesen Sie Berichte über vergangene Events.

Vielfältige Inhalte, exklusive Einblicke

Unsere Social-Media-Kanäle bieten eine breite Palette an Inhalten, die von ausführlichen Berichten über unsere neuesten Initiativen und Erfolgsgeschichten unserer Mitglieder bis hin zu Berichterstattungen unserer Veranstaltungen reichen. Zusätzlich bieten wir exklusive Einblicke hinter die Kulissen und stellen regelmäßig Unternehmer-Persönlichkeiten aus der niederösterreichischen Industrie vor.

Durch Ihre Aktivität und Ihr Engagement auf unseren Social-Media-Plattformen helfen Sie uns, unsere Botschaften

zu verbreiten und die Reichweite unserer Beiträge zu vergrößern. Social Media ermöglicht es uns, direkt mit Ihnen in Kontakt zu treten und aktuelle, relevante Informationen schnell und unkompliziert zu teilen.

Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung und aktive Teilnahme auf unseren Kanälen. Folgen Sie uns noch heute auf unseren Social-Media-Plattformen und werden Sie Teil unseres digitalen Netzwerks!

WEBTIPP

Facebook



Instagram



LinkedIn





Österreich ist als beliebte Urlaubsdestination seit jeher für seine Weltoffenheit und Schönheit bekannt. Kommen jetzt in der Ferienzeit Touristen ins Land, dann heißen wir sie willkommen. Wollen Menschen zu uns ziehen und hier leben, dann wird es jedoch schwierig. Aktuell fällt in den politischen Diskussionen immer wieder der Begriff

WELTOFFENHEIT FÜR ARBEITS- UND FACHKRÄFTE: EINE STRATEGISCHE NOTWENDIGKEIT FÜR DEN STANDORT

Gezielte internationale Kampagne für Österreich als Top-Arbeitgeber notwendig.

„Festung Österreich“. Diese Botschaft schadet unserem Standort.

In den kommenden zwölf Jahren werden in Österreich 540.000 Menschen mehr in Pension gehen als geboren werden. Unsere Wirtschaft kann sich daher nur weiterentwickeln, wenn qualifizierte Fachkräfte zu uns kommen und diese Lücke schließen. Wir brauchen die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – nicht nur in der Produktion, sondern auch im Management oder in der Forschung und Entwicklung. Mein Familienbetrieb könnte zum Beispiel keine zwei Wochen ohne gezielte Migration überleben. 60 Prozent unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben einen Migrationshintergrund, wir haben 25 Nationen im Unternehmen beschäftigt. Doch wer möchte mit seiner Familie nach Österreich ziehen, wenn nicht sicher ist, dass die Kinder in der Schule willkommen sind?

Gut qualifizierte Talente aus Drittstaaten können sich heutzutage aussuchen, wohin sie migrieren wollen. Da punkten jene Staaten, die gute Gehälter zahlen, wo Arbeitskräfte aus fremden Ländern ausdrücklich erwünscht sind und Migranten nicht mit zu viel Einwanderungsbürokratie abgeschreckt werden. Andere (EU-)Staaten haben das bereits erkannt und handeln entsprechend. Wenn wir nicht nachziehen, riskieren wir, im internationalen Wettbewerb zurückzufallen.

Die Rot-Weiß-Rot-Card in Österreich war ein wichtiger Schritt, doch wir dürfen uns nicht darauf ausruhen. Die Card muss weiterentwickelt und aktiv beworben werden. Zusätzlich ist auch eine gezielte Kampagne, die die besten Köpfe aus aller Welt nach Österreich bringt, dringend notwendig. Dabei müssen wir uns auf unsere Stärken besinnen. Denn Weltoffenheit liegt als

Tourismusland in unserer DNA. Wir bieten nicht nur hervorragende berufliche Möglichkeiten, sondern auch höchste Lebensqualität, ein sehr gutes Bildungs- und Gesundheitssystem und leben in einem der schönsten Länder der Welt. Wir müssen zeigen, dass Menschen aus aller Welt in Österreich willkommen sind und hier die Chance haben, ihre Fähigkeiten voll zu entfalten – und dass wir garantiert keine Festung sind. Selbstredend sind jene, die nur in das Sozialsystem einwandern wollen, sich hier nicht integrieren oder gar straffällig werden, nicht erwünscht.

Kari Ochsner,
Präsident der IV-Niederösterreich

IV-NÖ-Vorstand diskutierte Strategien für Netzausbau und Energiezukunft

Die IV-NÖ informiert ihre Mitgliedsbetriebe regelmäßig über brandaktuelle Industriethemen und lädt Expertinnen und Experten zum Austausch ein.

Bei der Vorstandssitzung am 11. Juni 2024 in St. Pölten stand die Zukunft der Energieversorgung in Niederösterreich im Fokus. Stefan Szyszkowitz (Vorstandssprecher EVN AG), Siegfried Kiss (RAG Austria AG), Franz Angerer (Geschäftsführung Austria Energy Agency) und Siegfried Nagl (Energie-Sonderbeauftragter in der WKO) gaben Ausblicke in die Energiezukunft. Besonders der notwendige Netzausbau in Österreich und Niederösterreich war ein zentraler

Aspekt in der anschließenden Diskussion. Dabei wurden auch zahlreiche detaillierte Fragen der Vorstandsmitglieder zu diesem Thema beantwortet.

Strategische Bedeutung

Der Netzausbau ist ein Generationenprojekt und muss auch als solches in der Planung und Finanzierung behandelt werden. Er ist entscheidend für den Industriestandort Niederösterreich und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie. Der

IV-NÖ-Standpunkt dazu: Um die Energiewende in Österreich erfolgreich zu gestalten, muss sichergestellt sein, dass sie kosteneffizient erfolgt und ausgewogen finanziert wird. Die Stromkosten müssen sinken und dürfen keinesfalls steigen. Dies gilt auch für die Netzkosten. Daher muss sowohl das volle Potenzial der Digitalisierung und modernster Speichertechnologien ausgeschöpft werden und der Ausbau der Netze als kritische Infrastruktur von der Allgemeinheit getragen werden.



Save the Date!

SOMMERAUSKLANG DER IV-NIEDERÖSTERREICH

Das Präsidium der IV-NÖ lädt Mitglieder und Freunde aus Industrie, Wirtschaft, Politik und Medien zum traditionellen Sommerausklang am 12. September 2024 in das Schloss Luberegg in Emmersdorf (Wachau). Beginn ist um 17:30 Uhr. Die Einladung ist bereits erfolgt. Eine Anmeldung ist auch via E-Mail möglich: niederösterreich@iv.at



Die IV-NÖ
trauert um
**HARALD
LUTZ,**

ehem. geschäftsführender
Gesellschafter der Benda-Lutz
Werke, Träger des Goldenen
Ehrenzeichens des Landes
Niederösterreich, Ehrenbürger
der Marktgemeinde Nußdorf

„Zinssenkungen im Zeitraffer werden wir höchstwahrscheinlich nicht erleben“

Erwin Hameseder, Obmann der Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien und Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes, gehört zu den renommiertesten Bankmanagern im Land. Im Interview spricht er über die Performance der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien und die wirtschaftlichen Auswirkungen der Industrierezession. Als Milizbeauftragter und Generalmajor hat er außerdem einen umfassenden Einblick in die Sicherheitslage Österreichs.



Wie ist die bisherige Performance der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien in diesem Jahr? Und wie lautet Ihr Ausblick für die zweite Jahreshälfte 2024?

Erwin Hameseder: Die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien und ihre Beteiligungsunternehmen legten im vergangenen Jahr mit einem sehr guten Ergebnis eine mehr als solide Basis für 2024. Und auch heuer sind wir bisher wieder sehr gut unterwegs. Die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien wird ihren Weg mit Fokussierung auf aktives Beteiligungsmanagement und auf absolute Kundenzentrierung weiter vorantreiben und innovative Lösungen entwickeln. Mit Blick auf das zweite Halbjahr bin ich deshalb – trotz aller wirtschaftlichen Verwerfungen und globalen Herausforderungen – optimistisch.

Angesichts der aktuellen rezessiven Phase der Industrie in Österreich: Welche Auswirkungen hat das auf das Geschäft der RLB NÖ-Wien bzw. das Bankengeschäft insgesamt? Beziehungsweise, wie sieht es mit (Betriebs-)Investitionen in den Standort NÖ/Ö aus?

Erwin Hameseder: Auf der einen Seite sehen wir zurzeit allgemein eine gewisse Zurückhaltung in der Kreditnachfrage, wobei hier relativiert werden muss: Die Nachfrage ist zwar geringer als im Vorjahr, wir gehen aber nach wie vor von einem Kreditwachstum aus. Auf der anderen Seite sehen wir, dass Investitionen in das Thema Nachhaltigkeit, nicht zuletzt zur Erreichung der Klimaziele, in den Vordergrund rücken. Positiv ist, dass die Planbarkeit für Unternehmen mit Blick auf die Zinskosten wieder besser gegeben ist. Jedoch spürt die Wirtschaft diese nach wie vor. Zudem kommen einzelne Unternehmen durch die gestiegenen Personal- und Energiekosten auch auf der Ertragsseite unter Druck. Unternehmertum bedeutet jedoch mutige Entscheidungen zu treffen und nach vorne zu denken. Es gilt, Zukunftschancen – z. B. durch verantwortungsvolle Nutzung von KI oder in der Nachhaltigkeit – nicht zu versäumen, um weiterhin, vor allem auch im europäischen Vergleich, wettbewerbsfähig zu bleiben. Stichwort Stimmungsbild: Aktuelle Studien zeigen deutlich, dass Unternehmen die Gesamtwirtschaft meist

schlechter beurteilen als die ökonomische Lage des eigenen Unternehmens.

Wie sehen Sie die weitere Zins-Entwicklung nach der EZB-Entscheidung vom 6. Juni 2024?

Erwin Hameseder: Grundsätzlich ist das positiv zu werten. Es sind heuer weitere „kleine“ Zinssenkungen jeweils im September und Dezember in der Höhe von je 25 Basispunkten zu erwarten. Auch 2025 ist davon auszugehen, dass die EZB-Leitzinsen weiter behutsam gesenkt werden – das steht und fällt jedoch mit dem weiteren Inflationsverlauf. Eines ist klar: Zinssenkungen im Zeitraffer werden wir höchstwahrscheinlich nicht erleben, sofern geopolitisch nichts passiert.

Als Milizbeauftragter des Bundesheeres und Generalmajor verfügen Sie über tiefe Einblicke in die globale und österreichische Sicherheitslage. Wie würden Sie die aktuellen Entwicklungen in Europa und weltweit einschätzen?

Erwin Hameseder: Das „Risikobild 2024“ liefert die wichtigste Grundlage in Österreich, was die Einschätzung und Beurteilung der Gefahren und Risiken, mit den wir gegenwärtig und auch künftig konfrontiert sind, anbelangt. Diese umfassende Analyse der Sicherheitsexperten liefert leider ein pessimistisches Bild. Beim Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist derzeit kein Ende absehbar, der Nahostkonflikt befindet sich auf hoher Eskalationsstufe und mäandert zwischen kriegerischen Auseinandersetzungen und Diplomatie. Die Weltordnung, wie wir sie lange gekannt haben, gibt es so nicht mehr. Neue Allianzen und Machtansprüche entstehen bzw. weiten sich aus. Die EU tut gut daran, wenn sie geeint und auf Basis von militärischer und wirtschaftlicher Solidarität mit der Ukraine in der kriegerischen Auseinandersetzung mit Russland zusammensteht. Die EU war und ist nach wie vor das wichtigste Friedensprojekt in der Nachkriegspolitik.

Wie können Österreichs Unternehmen ihre Resilienz stärken?

Erwin Hameseder: Ich rate jedem Unternehmen, den wirtschaftlichen und

technologischen Umbruch sowie die Veränderungen mit Blick auf Nachhaltigkeit und ESG in erster Linie als Chance zu begreifen. Damit ist etwa das Erschließen neuer und zusätzlicher Märkte gemeint, wenn es z. B. um Lieferketten und Rohstoffversorgung geht. Früher war die Globalisierung die anzustrebende Antwort auf alles, ein Heilsbringer. Das hat sich deutlich geändert, es geht mir daher auch um die stärkere Fokussierung in Richtung Regionalisierung, damit wir wieder mehr Wertschöpfung zurück in die Regionen bringen. Es ist der kluge Mix aus einer Art Rückbesinnung und neuen Wegen, der in die Prävention und Resilienz gegenüber globalen Risiken einzufließen und ein Unternehmen stärkt. Wohlgedacht, ohne uns von den Gegebenheiten der globalisierten Welt und des internationalen Handels loslösen zu wollen.

Und welche Rolle spielen dabei Österreich und die EU?

Erwin Hameseder: An der Idee und an der Institution EU führt auch in Zukunft kein Weg vorbei. Würde es die EU heute nicht geben, müsste sie wieder so entwickelt und gegründet werden und selbstverständlich dann wieder mit dem Mitgliedsland

Österreich. Das Friedensprojekt EU und die Rolle als globale Wirtschaftskraft stehen außer Diskussion. Die EU muss sich aber schon die Frage stellen, wohin die Entwicklung Europas geht. Welche Rolle nimmt die EU in einer künftigen Weltordnung ein? In wirtschaftlicher Hinsicht muss sich die EU für die Menschen in Europa positionieren. Die Zeiten bleiben jedenfalls stürmisch und turbulent, nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern gesamtgesellschaftlich – in Europa und damit natürlich auch in Österreich. Wir haben es beispielsweise mit gezielten Desinformationen und falschen Narrativen zu tun. Das damit verbundene Ziel der Akteure ist klar: die gesellschaftliche Spaltung. Angesichts der volatilen geopolitischen Landschaft mit ihren unterschiedlichen Krisen steht das Potenzial für eine Zusammenarbeit zur Bewältigung globaler Krisen somit zusehends unter Druck. Ich bin aber überzeugt davon, der Schlüssel zur Bewältigung dieser Herausforderungen kann nur im Miteinander liegen. Das gilt und beginnt im „Kleinen“, wie etwa in einem Unternehmen, wie es auch für die grenzüberschreitende staatliche Zusammenarbeit Gültigkeit hat.



ZUM UNTERNEHMEN

Die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien ist Österreichs größte private Beteiligungsholding. Sie konzentriert sich auf Beteiligungen in Banken, Nahrungs- & Genussmitteln, Medien und Infrastruktur sowie neue Investitionen in Gesundheit, Energie und Unternehmertum.

Die Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien (RLB NÖ-Wien) ist eine moderne Regional- und Universalbank im Osten Österreichs. Während sich die RLB NÖ-Wien als „Raiffeisen Wien. Meine Stadtbank“ vor allem auf die Bundeshauptstadt konzentriert, sind die lokal tätigen selbstständigen Raiffeisenbanken die führende Bankengruppe in Niederösterreich. In der Zentrale und an 20 Standorten in Wien arbeiten rund 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die 42 selbstständigen niederösterreichischen Raiffeisenbanken verfügen über 312 Bankstellen mit insgesamt rund 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



WEBTIPP

Erfahren Sie mehr über die wichtige Rolle von Netzwerken, den Vergleich zwischen österreichischen und zentral- und osteuropäischen Märkten sowie die Erwartungen an die zukünftige Bundesregierung. Lesen Sie das vollständige Interview mit Erwin Hameseder: